

# INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung  
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-  
GmbH, Frankfurt/Main

## 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 3/1982 – September

Die kapitalistische Weltwirtschaftskrise 1980/82 prägt noch immer das Bild der Weltwirtschaft. Produktion und Aufträge in den meisten kapitalistischen Ländern stagnieren oder sind weiter rückläufig. Zuletzt hat auch Japan rückläufige Produktionsziffern verzeichnen müssen, während in den USA immer noch kein Ende der Rezession sichtbar ist. In Großbritannien hat sich die Produktion wieder etwas belebt, eine Folge der zu geringen Lagerbildung. Auftriebskräfte sind auch dort immer noch nicht sichtbar. Eine gewisse Stabilisierung zeigt sich in Frankreich, allerdings ebenfalls noch ohne daß von einer Überwindung der Krise gesprochen werden könnte. In den der OECD angeschlossenen kapitalistischen Industrieländern übersteigt die Zahl der registrierten Arbeitslosen die 30 Millionen, in allen Ländern ist der Trend weiter nach oben gerichtet.

Einziger Lichtblick ist hier eine gewisse Abschwächung der Inflation – aber auch dies ist weniger ein Erfolg der Wirtschaftspolitik als eine Folge der rückläufigen Rohstoffpreise. Zugespitzt hat sich die Krise in vielen Ländern der „Dritten Welt“, wobei insbesondere Lateinamerika hart getroffen ist. In einigen lateinamerikanischen Ländern sinkt die Industrieproduktion mit zweistelligen Raten, die Arbeitslosenquoten in den Zentren übersteigen die 20 Prozent.

Auch in der Bundesrepublik hat sich die wirtschaftliche Lage in den letzten Monaten eher verschlechtert. Produktion und Aufträge, die seit dem Jahresende 1980 stagniert hatten, sind nun wieder etwas zurückgegangen. Der Kapazitätsauslastungsgrad in der Industrie ist auf 77 Prozent gefallen, trotz der rückläufigen Produktion erweisen sich die Fertigwarenlager in vielen Branchen als überhöht und werden abgebaut.

Unmittelbare Ursache des Rückfalls ist die Abschwächung der Auslandsbestellungen, eine Entwicklung, die seit einigen Monaten zu erwarten war. Nur eine außergewöhnlich starke Expansion der Exporte hatte 1981 einen stärkeren konjunkturellen Rückgang der Produktion verhindert. Nun ist das „Auftragsloch“ bei den ausländischen Bestellungen da, ohne daß inländische Belegungsfaktoren sichtbar wären.

Es hat sich die inländische Investitionsnachfrage im Gegenteil trotz steigender

Gewinne und trotz Investitionszulage weiter abgeschwächt. Alle Hoffnungen der amtlichen Wirtschaftspolitik, über eine Verbesserung der unternehmerischen Gewinnlage einen „autonomen“, d.h. absatzunabhängigen Investitionsaufschwung in Gang bringen zu können, haben offensichtlich getrogen.

Als entscheidend auch für die Entwicklung der Investitionen – vor allem der arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen – erweist sich der inländische Absatzmarkt, der wiederum zum überwiegenden Teil von der privaten Konsumnachfrage bestimmt wird. Beschäftigungsrückgang und Reallohnabbau haben aber die Kaufkraft weiter ausgehöhlt und den Rückgang der privaten Nachfrage beschleunigt.

Die amtlichen Hoffnungen auf eine – wenn auch schwache – konjunkturelle Belebung Anfang 1983 basieren einzig und allein auf der seit etwa einem Jahr zu beobachtenden Zinssenkungstendenz. Diese hat sich in den letzten Wochen – nach einem Wiederanstieg im Sommer – fortgesetzt, wobei vor allem die geld- und kreditpolitischen Lockerungsmaßnahmen der amerikanischen Notenbank stimulierend wirkten. In den USA befürchtet man inzwischen, daß Unternehmenszusammenbrüche und Zahlungsausfälle seitens einiger besonders hoch verschuldeter lateinamerikanischer Staaten zu einer allgemeinen Finanzkrise führen könnten. Zinssenkungsmaßnahmen und Liquiditätsspritzen sollen dieser drohenden Gefahr entgegenwirken.

Ob diese Maßnahmen allerdings konjunkturpolitisch in absehbarer Zeit positive Wirkungen nach sich ziehen werden, ist fraglich: Erfahrungsgemäß halten sich die Kreditnehmer am Anfang einer Zinssenkungsperiode zunächst zurück, da sie mit weiteren Zinsrückgängen rechnen können.

Am Arbeitsmarkt hat sich die Lage im Sommer ebenfalls weiter verschlechtert. Im Juli stieg die saisonal bereinigte Arbeitslosenzahl auf fast 1,9 Millionen. Selbst bei einer wirtschaftlichen Belebung werden die offiziellen Zahlen im Winter weit über zwei Millionen liegen. Rückläufige Beschäftigung und steigende Nachfrage nach Arbeitsplätzen vor allem seitens der neu auf den Arbeitsmarkt strömenden Jugendlichen haben die Jugendarbeitslosigkeit und

den Mangel an Ausbildungsstellen wieder sprunghaft vergrößert.

Alles in allem scheint die in den letzten Jahren in weiten Teilen der kapitalistischen Welt vorherrschende krisenfördernde wirtschaftspolitische Orientierung nun an gewisse Grenzen zu stoßen: Einerseits nehmen die sozialen Probleme zu, verlängert sich die zyklische Krise, sinken die Inflationsraten nur langsam. Andererseits hat die monetaristische Geldpolitik den Geld- und Kreditapparat bei anhaltend hohen Zinsen gewaltig aufgebläht. Vor allem hat sie ein rasches Anwachsen der kurzfristigen Verschuldung befördert. Obwohl die Inflationsraten immer noch hoch sind, sehen sich verschiedene Notenbanken nun gezwungen, geld- und kreditpolitische Erleichterungen zu gewähren, um einen möglichen erscheinenden Finanzkrach zu verhindern.

### INHALT

#### 1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft
- 1.5 Hochzinspolitik und Verschuldung

#### 2 Unternehmergewinne und Konzentration

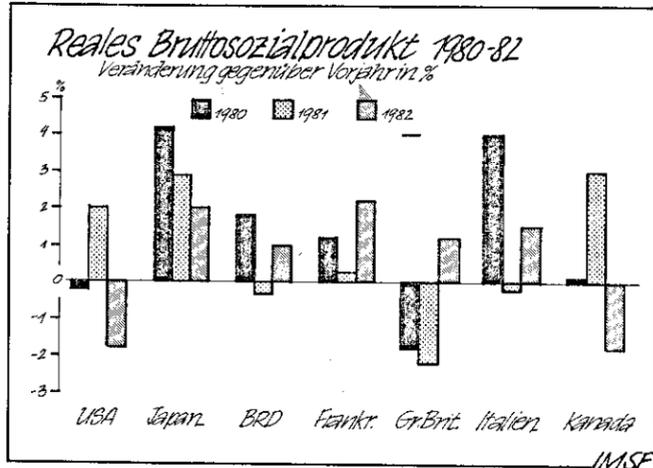
- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

#### 3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Steuern
- 3.3 Sozialabbau
- 3.4 Preise
- 3.5 Arbeitskämpfe und Tarifaktionen
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

### 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Seit nunmehr drei Jahren durchläuft die kapitalistische Weltwirtschaft eine Stagnationsphase; infolge der ausgeprägten Rezession in den USA hat sich die Abkühlungstendenz in diesem Jahr noch verstärkt: Im Jahresdurchschnitt 1982 soll das Bruttosozialprodukt der entwickelten kapitalistischen Länder zu konstanten Preisen insgesamt nur um einen knappen halben Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr zunehmen. Die OECD prophezeit einen bescheidenen Wiederaufschwung um 2,5 Prozent für 1983. Es ist allerdings darauf hinzuweisen, daß das Wachstumstempo diesmal weit schwächer als nach der vorangegangenen Rezessionsphase der kapitalistischen Weltwirtschaft 1974-75 ausfallen dürfte; damals zeigte die Wiederbelebung ein doppelt so hohes Tempo (5 Prozent im Jahre 1976).



Diese unterschiedliche Entwicklung beruht auf zwei Hauptgründen: Die Investitionstätigkeit entwickelt sich nur sehr langsam, während die Verbrauchsnachfrage sehr gedämpft ist. Das ist zum einen auf den enormen Zuwachs der Arbeitslosigkeit und zum anderen auf die Stagnation oder sogar den Rückgang der Reallöhne im Zeitraum 1980-82 zurückzuführen. In diesem Zeitraum ist die Abschwächung der Binnennachfrage, die in den 7 größten kapitalistischen Ländern zwischen etwa -1 und +1 Prozent schwankte, nur in zwei Ländern, Japan und BRD, durch große Anstrengungen auf den Außenmärkten zum Teil konterkariert worden; die Ausfuhr an Waren und Dienstleistungen ist in den zwei erwähnten Ländern jährlich real um 14 bzw. 7 Prozent gestiegen. Diese Länder haben auf den sogenannten Ölshock mit einer verstärkten Aggressivität auf dem Weltmarkt reagiert, obwohl die Weltnachfrage insgesamt eine sehr schwache Entwicklung aufwies.

Im ersten Halbjahr 1982 überwogen bei der Industrieproduktion die Rezessionskräfte: In den USA beträgt der Produktionsverlust 8 Prozent gegenüber demselben Zeitraum 1981; in Japan ist der im letzten Halbjahr 1981 sich anbahnende Wiederaufschwung zum Stillstand gekommen; in den anderen 5 Ländern sind die Anzeichen einer Wiederbelebung noch kaum wahrnehmbar. Die Entwicklung des Auftragseingangs bei der Industrie läßt auch weiterhin keine deutliche Verbesserung der Produktion erkennen.

#### Veränderung der Industrieproduktion 1980-1982 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1980	1981 <sup>1</sup>		1982 <sup>1</sup>		
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>
USA	-3,5	+2,7	+7,5	-1,7	-6,7	-8,5
Japan	+6,8	+3,0	+4,5	+5,6	+3,4	+2,5
BRD	0,0	-1,2	0,0	0,0	+0,9	+0,5
Frankreich	0,0	-2,3	-2,9	+1,2	0,0	+1,0
Großbritannien	-6,1	-4,6	-2,8	+1,0	+2,0	+3,0
Italien	+5,1	-2,4	-1,0	-0,9	+0,8	+1,0
Kanada	+0,3	+1,3	+2,8	-3,4	-7,7	-8,0

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

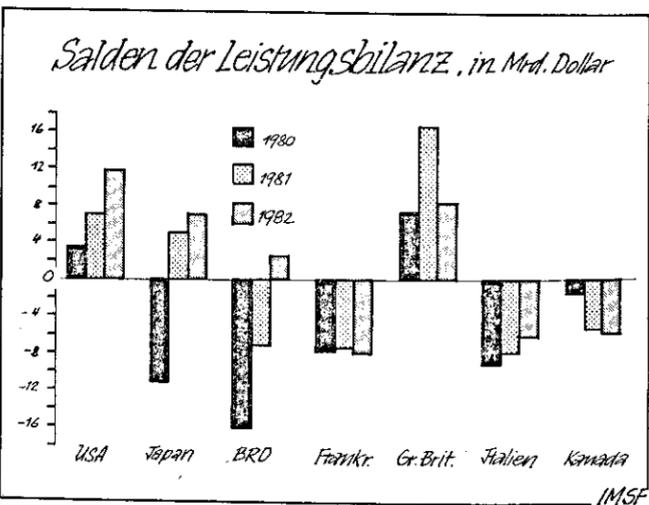
Die an den Lebenshaltungskosten gemessene Inflationsrate hat sich in allen 7 Ländern abgeschwächt; diese Verlangsamung ist besonders ausgeprägt in den USA, wo die Rezession und die restriktive Geldpolitik eine bremsende Wirkung auf die Preise ausübt. Für den gesamten OECD-Raum wird für dieses Jahr mit einer Teuerungsrate von 8,5 Prozent gerechnet, gegenüber einer Zunahme von 9,6 Prozent im Jahre 1981. Die Inflationsverlangsamung wird durch die Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe begünstigt: Die Arbeitsgruppe „Rohstoffpreise“ in der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute sieht für dieses Jahr eine Verbilligung der Primärprodukte (einschließlich Brennstoffe) um 3 Prozent voraus.

#### Veränderung der Lebenshaltungskosten 1980-1982 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1980	1981		1982		
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>1</sup>
USA	13,5	10,2	10,8	9,3	7,3	6,5
Japan	7,7	4,9	4,2	4,1	3,2	3,0
BRD	5,5	5,9	6,1	6,5	5,8	5,5
Frankreich	14,0	13,4	13,6	14,1	14,0	14,0
Großbritannien	18,4	11,9	11,3	11,7	10,6	9,0
Italien	21,1	18,7	19,0	18,2	16,6	15,5
Kanada	10,1	12,4	12,7	12,3	11,6	11,0

<sup>1</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Der Ausgleichsprozeß der Leistungsbilanz zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern und den OPEC-Ländern wird auch 1982 weitergehen, während die laufenden Fehlbeträge der Entwicklungsländer sehr hoch bleiben dürften. Da die OECD-Schätzung für diese drei Ländergruppen sehr fragwürdig erscheint (der Gesamtsaldo weist einen Fehlbetrag in Höhe von 70-80 Milliarden Dollar auf, statt sich - wie es logisch wäre - auszugleichen), ist es angebracht, auf die Abbildung der Leistungsbilanzentwicklung dieser 3 Ländergruppen zu verzichten, um sie durch eine andere graphische Darstellung zu ersetzen, die den Anpassungsprozeß der 7 größten kapitalistischen Länder wiedergibt. Die OECD prognostiziert für 1982 eine deutliche Verbesserung der Leistungsbilanz der BRD und der USA und eine merkliche Verschlechterung der britischen.



Die desolante Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft trifft den Arbeitsmarkt am schwersten: Die registrierte Arbeitslosenzahl, die 1981 im OECD-Raum 25 Millionen betrug, was einer Arbeitslosenquote von 7,2 Prozent entspricht, wird dieses Jahr voraussichtlich 30 Millionen übersteigen (Arbeitslosenquote von 8,5 Prozent). Wenn man bedenkt, daß 1975, zur Zeit der ersten tiefen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft nach 1945, diese Quote „nur“ 5 Prozent ausmachte, gewinnt man ein deutliches Bild der bedrückenden Lage am Arbeitsmarkt.

### Arbeitslosigkeit, 1975, 1981-1982 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1975	1981 <sup>1</sup>		1982 <sup>1</sup>		
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. <sup>2</sup>
USA	7830	8273	8013	9113	9575	10500
Japan	2000	2500	2450	2500	2500	2700
BRD	1074	1272	1372	1530	1637	1800
Frankreich	840	1773	1832	1891	1948	2000
Großbritannien	929	2566	2641	2752	2817	2900
Italien	1300	1913	1871	2061	2138	2300
Kanada	690	898	897	999	1021	1100
Zusammen	14663	19195	19076	20846	21636	23300

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die tatsächliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den 7 größten kapitalistischen Ländern übertraf im ersten Halbjahr 1982 sogar die pessimistische Prognose der OECD: 3,5 Millionen Arbeitslose mehr als im Durchschnitt des Jahres 1981 und etwa 8 Millionen mehr als im Krisenjahr 1975. Die heute im Vergleich zu 1975 weit größere Zahl der Erwerbslosen geht auf die Wirtschaftspolitik zurück: Damals wurde die schleppende Konjunktur gemäß der keynesianischen Lehre durch staatliche Maßnahmen gestützt; heute wirkt sich die vorwiegende „angebotsorientierte“ Auffassung verheerend auf den Arbeitsmarkt aus.

Die restriktive Linie der Wirtschaftspolitik ist fast allen kapitalistischen Industrieländern gemein; Frankreich, das bis vor kurzem von der allgemeinen Tendenz abgewichen war, hat im Juni beschlossen, in Zusammenhang mit der neuen Abwertung des Francs einen viermonatigen Einkommens- und Preisstopp zu verhängen, mit dem erklärten Ziel, die Inflationsspirale, die den Wechselkurs der französischen Währung unterminiert, mit erhoffter größerer Wirksamkeit zu bekämpfen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte bleibt das Hauptanliegen der Finanzpolitik; die Regierungen der kapitalistischen Industrieländer versuchen dieses Ziel durch eine Verlangsamung der öffentlichen Ausgaben und/oder durch Steuererhöhungen zu erreichen. Diese langfristige Strategie findet kurzfristig ihre Grenzen an dem durch die Wirtschaftstagnation bedingten niedrigeren Steueraufkommen und an den durch die gestiegene Arbeitslosenunterstützung und die erhöhte Zinslast aufgeblähten Ausgaben. Gegenüber 1981 sollen Japan, BRD und Großbritannien ihre Haushaltsdefizite reduzieren können, während in den USA der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte 1983 voraussichtlich 3,8 Prozent des Bruttosozialprodukts entsprechen wird, gegenüber einem Prozentsatz von 0,9 im Jahre 1981 - die wahnwitzige „Reaganomics“ zeigt hier ihre krassesten Widersprüche.

### 1.2 Produktion

Die Produktion im produzierenden Gewerbe ist in den letzten Monaten wieder etwas zurückgegangen. Im Juni war - nach den vorläufigen Zahlen - sogar ein ruckartiger Rückgang um zwei Prozent zu verzeichnen.

#### Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe<sup>1</sup>

	1981				1982	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	108	107	108	106	107	107

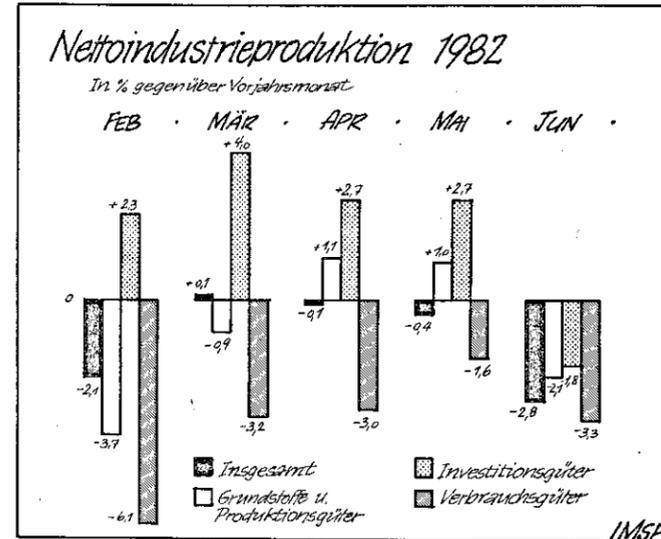
<sup>1</sup> Index 1976 = 100  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Im Vergleich zum Vorjahr liegt das Produktionsniveau etwas niedriger.

### Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes<sup>1</sup>

	Febr.	März	April	Mai	Juni
Insgesamt	-2,1	+0,1	-0,1	-0,4	-2,8
Grundstoffe und Produktionsgüter	-3,7	-0,9	+1,1	+1,0	-2,1
Investitionsgüter	+2,3	+4,0	+2,7	+2,7	-1,8
Verbrauchsgüter	-6,1	-3,2	-3,0	-1,6	-3,3

<sup>1</sup> 1982 in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd., S. 65\*)



Die Entwicklung der Auftragseingänge, die gewisse Rückschlüsse auf die Produktionsentwicklung der nächsten Monate zuläßt, zeigt noch deutlicher nach unten als der Index der Industrieproduktion.

#### Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs<sup>1</sup>

	1981				1982	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	107	107	107	106	104	98

<sup>1</sup> Volumen, Index 1976 = 100  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufträge preisbereinigt deutlich gesunken, so daß auch für die Produktion der nächsten Monate eher eine Fortsetzung der rückläufigen Tendenzen zu erwarten ist. Auffallend ist, daß die inländischen Investitionsgüterbestellungen bis zuletzt weiter gesunken sind, daß ihr Volumen im Juni 1982 um acht Prozent unter dem vom Januar 1982 lag. Ganz offensichtlich hat die staatliche Investitionszulage bis jetzt noch keine positiven Impulse mit sich gebracht.

#### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe<sup>1</sup>

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (1)		Investitionsgüter (1)		Verbrauchsgüter (1)		
		(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	(2)	
Febr.	+0,9	-4,8	+4,0	-3,7	+0,1	-4,8	-1,8	-6,8
März	+7,4	+0,9	+7,4	-0,6	+7,6	+1,7	+7,0	+1,3
April	-4,9	-10,5	-1,9	-8,7	-8,4	-13,8	+0,6	-4,4
Mai	+0,5	-5,5	-5,1	-11,2	+3,1	-2,5	+3,0	-1,5
Juni	+2,0	-3,2	-2,1	-7,4	+4,2	-1,5	-3,6	-1,1

(1) Zu jeweiligen Preisen (2) Preisbereinigt  
<sup>1</sup> Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Vorläufige Zahlen  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Seit dem Jahresbeginn hat sich die Lücke zwischen Inlands- und Auslandsbestellungen verringert, d. h., die Aufträge aus dem Ausland sind rascher gesunken als die Inlandsbestellungen. Das zu erwartende „Auftragsloch“ im Außenhandel konnte nicht durch eine positive Entwicklung bei den inländischen Bestellungen ausgeglichen werden, so daß rezessive Tendenzen einstweilen die Oberhand gewonnen haben.

Trotzdem liegt das Niveau der Auslandsaufträge noch immer deutlich über dem der Inlandsaufträge, es ist lediglich eine gewisse „Normalisierung“ eingetreten. So dürften bis zum Jahresanfang ausländische Aufträge vorgezogen worden sein, in Erwartung einer Aufwertung der

#### Auftragseingänge nach Herkunft<sup>1</sup>

	Verarbeiten- des Gewerbe insgesamt	Grundstoffe und Produkt- tionsgüter	Investitions- güter	Verbrauchs- güter
<b>Inland</b>				
Febr.	- 4,7	- 2,0	- 6,9	- 3,7
März	+ 4,8	+ 6,3	+ 3,7	+ 5,1
April	- 5,3	- 0,4	-10,2	- 0,9
Mai	+ 0,3	- 3,0	+ 1,7	+ 1,7
Juni	+ 0,3	- 1,1	+ 0,6	+ 2,1
<b>Ausland</b>				
Febr.	+11,7	+14,4	+10,8	+ 7,8
März	+12,3	+ 9,4	+13,1	+16,2
April	- 4,2	- 4,5	- 5,8	+ 7,9
Mai	+ 0,8	- 9,0	+ 4,8	+ 9,8
Juni	+ 5,2	- 3,8	+ 9,4	+ 7,4

<sup>1</sup> Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

DM im Rahmen des Europäischen Währungssystems. Es wäre kaum realistisch, angesichts eines stagnierenden Welthandels zu erwarten, daß die Bundesrepublik eine dauerhaft überdurchschnittliche Exportexpansion durchsetzen könnte. Die jüngste Entwicklung sowohl in der Bundesrepublik als auch in Japan unterstreicht die Tatsache, daß exportinduzierte Wachstumsanstöße weder dauerhaft sind noch die Gesamtkonjunktur erfassen können.

Die in den letzten Monaten zu beobachtende Verschlechterung der Situation ist in den meisten industriellen Branchen spürbar gewesen.

In der *eisenschaffenden Industrie* ist die Produktion leicht gestiegen, sie liegt etwa um drei Prozent über dem Vorjahresstand. Allerdings ist die Rohstahlproduktion und der Rohstahlabsatz in der kapitalistischen Welt weiterhin rückläufig, so daß Produktionszunahmen in der EG und in Japan Produktionsrückgänge insbesondere in den USA gegenüberstehen. Im schrumpfenden Stahlmarkt verschärfen sich die Kämpfe um den Absatz, wobei zur Zeit vor allem die US-Stahlindustrie ins Hintertreffen geraten ist. Im Juni waren ihre Kapazitäten nur noch zu 47,7 Prozent ausgelastet, niedriger als in der Weltwirtschaftskrise von 1929/32. Dies hat dazu geführt, daß die USA vor allem gegen die EG und Japan Importbeschränkungen verhängt hat.

Verschlechtert hat sich die Absatzlage der *chemischen Industrie*. Bei steigenden Preisen sind die realen Umsätze im ersten Halbjahr um etwa vier Prozent gesunken, wobei die Ausfuhren noch immer zunehmen. Wegen der kräftigen Preisanhebungen bei inzwischen wieder sinkenden Rohstoffkosten bleibt die Ertragslage der Konzerne aber stabil.

Eine neue Krisenbranche ist die *Mineralölindustrie*. Infolge des rückläufigen Mineralölverbrauchs und der bis Mitte der siebziger Jahre expansiven Investitionspläne sind hier umfangreiche Überkapazitäten entstanden, die nun durch die Stilllegung von Raffineriekapazitäten abgebaut werden sollen. Zur Zeit sind von den bestehenden Kapazitäten in Höhe von 143 Millionen Jahrestonnen nur etwa 57 Prozent ausgelastet, mindestens 20 Millionen Tonnen Kapazität sollen in den nächsten Jahren verschrottet werden.

Immer stärker spürt auch der *Maschinenbau* die Auswirkungen der Krise. Nach Mitteilung des Unternehmerverbandes liegen die Auftragseingänge zur Zeit real um 10 Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit, wobei sowohl Inlands- wie Auslandsbestellungen betroffen sind.

In der *Elektroindustrie* ist der Investitionsgüterbereich noch vergleichsweise stabil. Vor allem der Export hat bisher für eine anhaltende Ausdehnung des Absatzes gesorgt. Dagegen verstärken sich die Schwierigkeiten im Gebrauchsgüterbereich. Hier sind inzwischen trotz rückläufiger Produktion die Fertigwarenlager wieder angewachsen. Im Gebrauchsgüterbereich kommen zu den konjunkturellen auch strukturelle Probleme: Die meisten Haushalte verfügen inzwischen

über die gängigen elektrotechnischen Gebrauchsgüter und halten sich angesichts sinkender Einkommen mit Neuanschaffungen zurück. Dieser Tatbestand hat beim Zusammenbruch von AEG eine wichtige Rolle gespielt: Das Sanierungskonzept der Banken sieht die Stilllegung großer Teile des Gebrauchsgüterbereichs vor.

#### Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen<sup>1</sup>

	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Produzierendes					
Gewerbe insgesamt	+ 2,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,4
Eisenschaffende					
Industrie	+ 5,6	+ 0,5	+ 1,8	+ 3,3	- 1,3
Chemische Industrie	+ 0,3	- 5,6	- 7,3	- 4,6	- 3,1
Maschinenbau	-10,1	+ 4,6	- 0,6	- 2,8	+ 1,7
Straßenfahrzeugbau	+20,1	+ 7,4	+ 8,9	+ 9,3	+ 5,8
Elektrotechnik	+10,1	+ 4,6	+ 6,6	+ 4,7	+ 1,5
EDV-Geräte	+ 3,8	- 7,0	+ 6,7	+ 3,8	+13,4
Textilgewerbe	+ 1,7	- 3,6	+ 1,1	- 0,3	+ 4,1
Bekleidungs-gewerbe	- 7,9	- 8,6	- 5,5	- 9,8	- 7,8
Bauhauptgewerbe	-10,6	-14,7	- 6,8	-11,1	-11,8

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Die *Automobilindustrie* hat im ersten Halbjahr 1982 einen deutlichen Produktions- und Absatzaufschwung durchgemacht, die Produktion lag um etwa 16 Prozent über dem Vorjahresstand. Dies war allein durch Exporte bedingt, die inländischen Zulassungsziffern für PKW lagen um sechs Prozent unter dem Vorjahresniveau. Profitiert haben die bundesdeutschen Automobilkonzerne auch von der gesunkenen Importquote, insbesondere die „Japaner“ mußten empfindliche Einbußen hinnehmen. Zur Jahresmitte aber ist dieser Expansionsprozeß gestoppt worden. Die Exportziffern dürften in den nächsten Monaten zurückgehen, ohne daß am Inlandmarkt Belebenszeichen in Sicht sind. Teilweise wird bereits von zu hohen Lagerbeständen gesprochen, bei VW wird Kurzarbeit verfahren. Keine Belebung hatte es im Nutzfahrzeugbereich gegeben, hier ist die Absatzsituation anhaltend gedrückt.

Es ist in Zukunft nicht auszuschließen, daß auch in der Automobilindustrie einzelne Konzerne in Schwierigkeiten geraten könnten: Ihr ehrgeiziges Investitionsprogramm und die weltweit gedrückten Absatzmöglichkeiten könnten dauerhafte Finanzierungsprobleme mit sich bringen.

In den *Textil- und Bekleidungsindustrien* kumulieren die Auswirkungen einer veränderten internationalen Arbeitsteilung und der konjunkturellen Konsumschwäche. Vor allem in der Bekleidungsindustrie nehmen die Reimporte aus „Billiglohnländern“ weiter zu. Die Produktion ist weiterhin rückläufig, die Beschäftigung sinkt in einem Rhythmus von acht bis zehn Prozent jährlich. Im ersten Halbjahr 1982 ging die Beschäftigtenzahl in der Bekleidungsindustrie um 22000 zurück, vor allem als Folge von Unternehmenszusammenbrüchen. In der Textilindustrie hat bisher der Export noch stabilisierend auf den Absatz gewirkt, so daß mit einer Verlangsamung dort sich die Abwärtstendenz insgesamt beschleunigen wird.

Die Krise der *Bauwirtschaft* hält an, das Bauvolumen liegt um etwa sechs Prozent unter dem Vorjahresstand. Die Beschäftigtenzahlen sinken um acht bis zehn Prozent jährlich. Allerdings hofft man inzwischen in der Branche, daß der Tiefpunkt der Krise bald erreicht sein wird. Im Laufe des Jahres 1983 wird mit einer Stabilisierung gerechnet. Pessimistisch ist die Entwicklung im öffentlichen Bau zu beurteilen, da die Haushaltskürzungen, insbesondere die Finanzlage der Gemeinden, weitere Einschränkungen mit sich bringen werden. Gewisse Hoffnungen knüpfen sich im Wohnungsbau an die Zinsentwicklung: Trotz einer Stockung des Zinsrückgangs im Sommer kann von einer allmählichen, wenn auch zögernden Tendenz zum Zinsabbau ausgegangen werden.

Im *Einzelhandel* macht sich die nun schon zwei Jahre anhaltende Konsumschwäche immer deutlicher bemerkbar. Im ersten Halbjahr 1982 lagen die Einzelhandelsumsätze real um fast vier Prozent unter dem Vorjahresstand, der seinerseits bereits krisenhaft gedrückt war. Im Einzelhandel werden zur Zeit etwa acht Prozent weniger Waren

umgesetzt als Anfang 1980, auf dem Höhepunkt vor dem Beginn der gegenwärtigen Krise.

#### Einzelhandelsumsätze<sup>1</sup>

	nominal	real
1980	+ 5,6	+ 0,3
1. Hj. 81	+ 2,1	- 2,8
2. Hj. 81	+ 3,1	- 2,1
1. Hj. 82	+ 1,2	- 3,8

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Auch hier basieren die Hoffnungen auf eine gewisse Absatzstabilisierung auf der Zinssenkungstendenz. Niedrigere Zinsen, so wird kalkuliert, werden die Bereitschaft zur Konsumentenverschwendung erhöhen und die Sparquote senken. Ob die Verbraucher so reagieren werden, ist aber absolut unsicher: Einmal ist das Zinsniveau immer noch sehr hoch und geht nur zögernd zurück. Zum anderen ist fraglich, ob die Arbeiter und Angestellten angesichts zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit und rückläufiger Realeinkommen tatsächlich Bereitschaft zeigen, sich wieder höher zu verschulden und ihre Spargroschen anzutasten. Eine deutliche Belebung des privaten Verbrauchs setzt voraus, daß der Beschäftigungsrückgang gestoppt, die Reallohne zumindest stabil bleiben und eine gewisse Sicherheit entsteht, daß nicht im sozialen Bereich weitere Einschnitte bevorstehen. Diese Bedingungen sind jedoch nicht gegeben, die Wirtschaftspolitik ist vielmehr weiterhin bemüht, die Konsumtionskraft der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte zu verringern. Einerseits die Einschränkungen der „konsumtiven“ Ausgaben in allen Bereichen zu forcieren, andererseits von den Verbrauchern steigende Konsumausgaben zu erwarten, dies ist nicht etwa die Quadratur des Kreises, sondern offizielle Politik.

### 1.3 Investitionen

Die Investitionstätigkeit in der Gesamtwirtschaft ist im ersten Halbjahr beschleunigt gesunken. Die umfangreichen Abschreibungserleichterungen der „Operation '82“, die Mitte 1981 in Kraft getreten waren, die ab Januar 1982 wirksame – allerdings erst im Frühjahr beschlossene – Investitionsprämie und die niedrigen Lohnstückkosten haben bisher nicht vermocht, den Investitionsrückgang aufzuhalten. Erneut zeigt sich, daß es im konjunkturellen Verlauf keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Unternehmensgewinnen und Investitionen gibt.

#### Anlageinvestitionen in der Gesamtwirtschaft<sup>1</sup>

	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982 <sup>2</sup>
Ausrüstungen	- 1,0	- 4,9	- 6,0	- 0,5
Bauten	- 4,8	- 2,3	- 6,5	- 6,0
Insgesamt	- 3,2	- 3,4	- 6,5	- 4,0

<sup>1</sup> Real, Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Prognose des DIW  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 25/1982, S. 338 ff.)

Die Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für das zweite Halbjahr 1982 basiert auf der Hoffnung, daß die Investitionsprämie in den kommenden Monaten zumindest insofern greift, als die Unternehmer bestimmte geplante Investitionen vorziehen, um die bis Ende 1982 befristete Prämie noch geltend machen zu können. Selbst wenn dieser Effekt noch wirksam werden sollte, würde die Folge ein „Investitionsloch“ im kommenden Jahr sein. Dies entspricht der Erfahrung mit der letzten befristeten Investitionsprämie von 1974/75.

Nach den Erhebungen des Ifo-Instituts über die Investitionspläne in der Verarbeitenden Industrie vom März/April 1982 ist auch dort keine Ausdehnung der Investitionstätigkeit geplant.

Die Produktionskapazitäten wachsen nur noch langsam, im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich sind sie sogar rückläufig. Dies

#### Investitionen der Verarbeitenden Industrie<sup>1</sup>

	1979	1980	1981	1982
	+ 11	+ 10	- 6,5	- 5

<sup>1</sup> Real, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 16/82, S. 9)

hängt sowohl mit dem niedrigen Investitionsniveau insgesamt als auch mit der geringen Bedeutung von Erweiterungsinvestitionen zusammen.

#### Zielsetzung der Investitionen<sup>1</sup>

	1979	1980	1981	1982
Kapazitätserweiterung	31	39	30	26
Rationalisierung	41	36	43	47
Ersatzbeschaffung	28	25	27	27

<sup>1</sup> Anteile in %, 1982 geplant  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 16/82, S. 11)

Eine Belebung der Investitionstätigkeit kann nur von den Erweiterungsinvestitionen ausgehen, die Rationalisierungsinvestitionen und die Ersatzbeschaffungen entwickeln sich relativ kontinuierlich im Konjunkturverlauf. Erweiterungsinvestitionen aber werden fast ausschließlich mit Blick auf die Absatzentwicklung getätigt: Jede wirtschaftspolitische Maßnahme, die sich negativ auf die Absatzmöglichkeiten auswirkt – und dazu gehören Lohnerhöhungen unter der Inflationsrate ebenso wie Kürzungen der Sozialleistungen und Abstriche bei der öffentlichen Nachfrage –, wird daher auch die Investitionstätigkeit negativ berühren.

Trotz der stark verlangsamten Ausweitung der Kapazitäten – in der Verarbeitenden Industrie wird die Produktionskapazität 1982 nur noch um 0,7 Prozent zunehmen – ist der Auslastungsgrad bis zuletzt wieder deutlich gesunken. Zum Jahresende 1981 hatte er sich vorübergehend stabilisiert.

#### Kapazitätsauslastung in der Industrie<sup>1</sup>

	März	Juni	September	Dezember
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1980	85,9	83,2	80,6	79,9
1981	79,6	78,7	78,3	79,3
1982	78,5	77,0		

<sup>1</sup> In % der betriebsüblichen Vollauslastung, 1975 jeweils Januar, April, Juli und Oktober  
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 22/82, S. 6)

Auslastungsgrade von über 90 Prozent, wie sie noch Anfang der 70er Jahre auf konjunkturellen Höhepunkten vorkamen, gehören offensichtlich der Vergangenheit an: Seit 1975 stieg der Auslastungsgrad auf den zyklischen Höhepunkten gerade noch über 85 Prozent. Zwar ist der Tiefstand von 1975 zur Zeit noch nicht ganz erreicht, der Höhepunkt von Anfang 1980 ist jedoch schon um neun Prozent unterschritten. Fast ein Viertel der existierenden Produktionskapazitäten bleibt ungenutzt, eine gewaltige Verschwendung von Produktivkräften. Erst nach der Stabilisierung der Absatzlage und einer Verbesserung der Kapazitätsauslastung kann eine Belebung der Investitionstätigkeit erwartet werden. Da die Auslandsnachfrage zurückgeht, kann eine solche Stabilisierung nur von der Inlandsnachfrage ausgehen.

### 1.4 Außenwirtschaft

Kaum eine der Wirtschaftsanalysen unterläßt zur Zeit den Hinweis auf eine „Verbesserung der außenwirtschaftlichen Position“ der Bundesrepublik. (Vgl. Wirtschaftskonjunktur, Heft 7/82, S. A 14.)

Darunter wird gefaßt:

— Steigende Exporte bei stagnierenden Importen mit der Folge eines sprunghaft angestiegenen Exportüberschusses und einer

erneuten Umkehr im Saldo der Leistungsbilanz: Für 1982 wird schon wieder ein Überschuß in der Größenordnung von 5 bis 10 Mrd. DM erwartet.

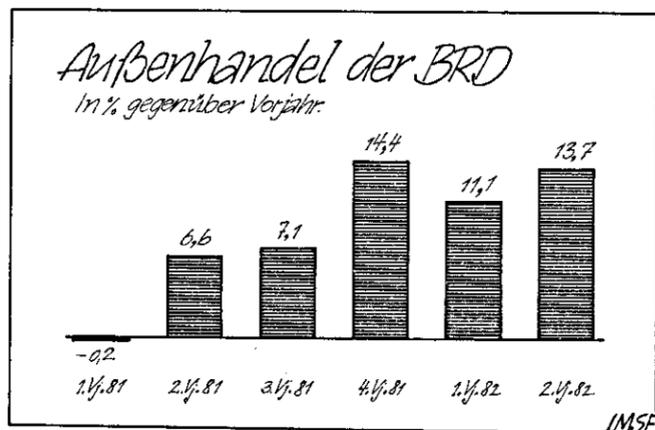
- Sinkende internationale Rohstoffpreise
- Wiederanstieg des DM-Wechselkurses gegenüber den meisten Währungen
- Verringerung der nominalen Zinsdifferenz zwischen der Bundesrepublik und den USA
- Verbesserung der Austauschverhältnisse im Außenhandel („Terms of Trade“)

Schon im ersten Halbjahr 1982 erreichte der Überschuß der Bundesrepublik im Außenhandel mit mehr als 24 Mrd. DM fast den Umfang des positiven Saldos im ganzen Jahr 1981.

#### Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo	
	In Mrd. DM	% <sup>1</sup>	In Mrd. DM	% <sup>1</sup>	In Mrd. DM	% <sup>1</sup>
1. Vj. 81	91,2	+ 2,6	91,4	+ 6,2	- 0,2	-
2. Vj. 81	97,3	+11,2	90,7	+ 5,7	+ 6,6	+ 28,0
3. Vj. 81	98,8	+19,2	91,7	+12,8	+ 7,1	+ 34,4
4. Vj. 81	109,8	+20,5	95,4	+ 8,4	+14,4	+364,5
1. Vj. 82	107,6	+18,0	96,5	+ 5,6	+11,1	-
2. Vj. 82	108,3	+11,3	95,1	+ 4,9	+13,2	+100,0

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)



Für das ganze Jahr 1982 wird – trotz nachlassender Aufträge aus dem Ausland – ein Überschuß von annähernd 60 Mrd. DM erwartet, der höchste in der Geschichte der Bundesrepublik. Die weitere Verbesserung des Überschusses im zweiten Halbjahr 1982 wird dabei weniger auf einer Mengenexpansion als auf den verbesserten Preisverhältnissen im Außenhandel beruhen.

#### Terms of Trade<sup>1</sup>

1978	1979	1980	1981	1982	Jan.	Febr.	März	April	Mai
102,7	96,4	90,2	86,3		86,6	87,2	88,1	90,5	91,7

<sup>1</sup> Index 1976 = 100  
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Zwischen Januar und Mai 1982 hat sich das Austauschverhältnis für die BRD um mehr als fünf Prozent verbessert, d. h., für den Erlös aus der gleichen Menge von exportierten Waren konnten im Mai fünf Prozent mehr eingeführt werden als im Januar. Oder, umgekehrt: Im Verhältnis zu den Exporten sind die Importe um fünf Prozent billiger geworden.

Der Wechselkurs der DM gegenüber dem Dollar ist – bei ganz erheblichen Schwankungen – auf einem relativ hohen Niveau geblieben. Für einen Dollar mußte man an der Devisenbörse in den letzten Monaten zwischen DM 2,40 und 2,50 bezahlen, der Höhepunkt vom August letzten Jahres wurde also nicht mehr übertroffen.

Gegenüber den meisten übrigen Währungen wurde die DM allerdings in den letzten Monaten kräftig aufgewertet. Im Europäischen Währungssystem – in dem feste Wechselkurse existieren – wurde die DM in den letzten 12 Monaten zweimal aufgewertet. Die DM war im Juli 1982 gegenüber dem Durchschnitt der übrigen EWS-Währungen um etwa 10,5 Prozent teurer.

Auch die vielbeklagte Zinsdifferenz zwischen den USA und der Bundesrepublik hat sich stark verringert. Die bekannte „prime rate“ der amerikanischen Banken, die Zinsrate, die bei „erstklassigen“ Kreditnehmern berechnet wird, ist innerhalb eines Jahres von 21 Prozent auf zuletzt 13,5 Prozent zurückgegangen. Dagegen ist der Kapitalmarktzins der Bundesrepublik im gleichen Zeitraum nur von etwa 11,5 Prozent auf knapp unter 9 Prozent gesunken, wobei der rückläufige Trend immer wieder von monatelangen Perioden steigender Zinsen unterbrochen worden war.

Der Welthandel dürfte im laufenden Jahr bestenfalls geringfügig um ein Prozent zunehmen, nachdem er im letzten Jahr um etwa einhalb Prozent zurückgegangen war. Viele Länder vor allem der „Dritten Welt“ sind an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit gelangt und müssen ihre Importe von Industriewaren einschränken. Dazu gehören auch einige ölexportierende Länder wie Mexiko oder Nigeria. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß im Handel der Bundesrepublik mit den vielbeschimpften OPEC-Staaten schon seit dem vierten Quartal 1981 ein Überschuß erzielt wird, d. h., die Bundesrepublik exportiert dorthin mehr, als sie selbst an Waren – d. h. ganz vorwiegend Rohöl – einführt.

#### Handelsbilanzsalden nach Ländergruppen

	EG	USA	Entwicklungsländer	OPEC-Staaten	Sozialistische Länder <sup>2</sup>
1. Vj. 81	+0,42	-1,11	-0,06	-2,97	+0,39
2. Vj. 81	+4,14	-1,07	+0,55	-1,24	+0,63
3. Vj. 81	+3,46	-0,64	+0,24	-0,65	-0,50
4. Vj. 81	+3,05	+0,24	+0,78	+2,05	-0,25
1. Vj. 82	+4,97	+0,26	+0,08	+2,54	-1,10
2. Vj. 82	+6,80	-0,30	-0,22	+1,92	-0,47

<sup>1</sup> Saisonbereinigte Werte, in Mrd. DM <sup>2</sup> Ohne DDR-Handel  
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Statistische Beihäfte, Reihe 4, Ifd.)

Erfolgreich war die westdeutsche Exportoffensive vor allem in der EG und gegenüber den OPEC-Staaten. Aber auch gegenüber den Entwicklungsländern kann ein leichter Überschuß erzielt werden: Dies ist deshalb problematisch, weil Exporte von Rohstoffen und einfachen Industriewaren für diese Staaten der einzige Weg ist, auf dem sie sich die benötigten Devisen für ihren ständig anwachsenden Kapitaldienst beschaffen können. Gegenüber den sozialistischen Ländern dagegen hat sich die Bilanz für die Bundesrepublik etwas verschlechtert. Dies hängt zu einem erheblichen Teil mit der Begrenzung der Importe durch diese Staaten zusammen, die so auf die Verweigerung bzw. Verteuerung von an sich im Investitionsgüterhandel üblichen Krediten reagieren und natürlich auch zu befürchtenden Boykottmaßnahmen entgegenwirken wollen.

Insgesamt muß jedoch festgehalten werden, daß die Verbesserung der außenwirtschaftlichen „Rahmenbedingungen“, sprich der Konkurrenzfähigkeit der Bundesrepublik, durch eine einseitig außenwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik selbst ein Krisenfaktor in der Weltwirtschaft gewesen ist. Denn die ruckartige Erhöhung der Exportüberschüsse hat bei vielen Handelspartnern die Außenwirtschaftsbilanzen ins Defizit gebracht, war mit Ursache für die Anspannung der internationalen Verschuldung und damit der wachsenden Labilität des gesamten Geld- und Währungssektors. Die aufgetürmten Verschuldungspyramiden geraten nun ins Wanken und bedrohen immer mehr den internationalen Handel und die Stabilität der nationalen Ökonomien.

Zudem hat die Verbesserung der bundesdeutschen internationalen Konkurrenzposition keineswegs zu einer inländischen Belebung geführt, wie es von offizieller Seite immer wieder in Aussicht gestellt worden ist. Die wirtschaftliche Belebung bleibt aus, obwohl die immer als Ursachen der Krise hingestellten Bedingungen in der Außenwirtschaft nun an sich begünstigend wirken müßten.

## 1.5 Hochzinspolitik und Verschuldung

In den letzten Monaten haben einige Notenbanken, vor allem die der USA, die bisher scharf restriktive Geldpolitik etwas gelockert. Der erwähnte Zinsrückgang in den USA wurde zuletzt von Zinssenkungsschritten der US-Notenbank bestimmt, die den Diskontsatz dreimal von 12 auf zuletzt 10,5 Prozent gesenkt hat. Gleichzeitig wurde die Versorgung der Wirtschaft mit Zentralbankgeld verbessert, es wurde zusätzlich Liquidität in den Geldkreislauf gepumpt.

Auch in der amerikanischen Wirtschaftspolitik insgesamt scheinen sich Veränderungen anzubahnen. Während noch bis vor wenigen Wochen von der Reagan-Administration Steuererhöhungen zur Schließung der klaffenden Finanzierungslücke im US-Staatshaushalt abgelehnt worden waren, hat nun Reagan selbst eine jähe Wende vollzogen. Es wurden Steuererhöhungen (Erhöhung von Verbrauchsteuern, Schließung von Steuerlücken) durchgesetzt, die in den nächsten drei Jahren zusätzliche Einnahmen in Höhe von fast 100 Milliarden Dollar bringen sollen. Gleichzeitig wurden allerdings neue Einschränkungen im Sozialhaushalt beschlossen, die Ersparnisse von etwa 17 Milliarden Dollar beinhalten. Es war klar geworden, daß ein lawinenartig anschwellendes Haushaltsdefizit nur durch Einnahmeverbesserungen in Grenzen gehalten werden kann.

Die Lockerung der Geld- und Wirtschaftspolitik in den USA ist weniger auf die anhaltend schlechten Wirtschaftsdaten, insbesondere am Arbeitsmarkt, zurückzuführen. Auch bei den Verfechtern der bisherigen Politik wächst aber nun die Angst, daß das ganze labile Gebäude der Kreditbeziehungen durch eine Kettenreaktion von Zahlungsunfähigkeiten größeren Ausmaßes zum Einsturz gebracht werden könnte. Dabei steht die Weltwirtschaftskrise von 1929/32, insbesondere der Finanzkrach von 1931, drohend im Hintergrund.

Möglich erscheint eine solche Entwicklung, weil die anhaltende monetaristische Hochzinspolitik nicht nur den ganzen Geld- und Kreditapparat gewaltig aufgebläht, sondern gleichzeitig zu Verzerrungen in der Verschuldungsstruktur geführt hat. Viele Kreditnehmer hatten sich in Erwartung sinkender Zinsen nur kurzfristig verschuldet in der Hoffnung, bei sinkenden Zinsen später auf langfristige Kreditarten umschulden zu können. Da diese Entwicklung nicht eintraf, häuften sich Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen und trieben viele Kreditnehmer in die Zahlungsunfähigkeit. Erste Warnzeichen in den USA war der Zusammenbruch einiger kleinerer Banken und einiger „Broker-Firmen“, d. h. von Gesellschaften, die sich im Wertpapier- und Devisenhandel betätigen.

Hinzu kommt die katastrophale Verschuldungssituation vieler Entwicklungsländer, insbesondere in Lateinamerika. Es scheint heute nicht mehr völlig ausgeschlossen, daß eines der am meisten verschuldeten Länder der Welt offiziell Bankrott macht. Zuletzt war die Situation am brisantesten in Mexiko: Dieses Land ist international mit etwa 80 Milliarden Dollar (öffentliche und private Schulden) verschuldet. Davon wird etwa die Hälfte in den nächsten 12 Monaten fällig und müßte zurückgezahlt werden. Ein Zusammenbruch der mexikanischen Währung konnte im August nur durch die zeitweilige Schließung der mexikanischen Devisenbörsen, die Spaltung des Wechselkurses und durch Umschuldungsverhandlungen mit etwa 100 meist US-amerikanischen Banken, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der amerikanischen Regierung verhindert werden. Ähnlich gefährlich ist die Lage in Argentinien und Brasilien, so daß vor allem die US-Banken mit riesigen unsicheren Krediten belastet sind.

#### Internationale Verschuldung der Entwicklungsländer<sup>1</sup>

1971	1975	1978	1979	1980	1981
87	180	338	396	459	525

<sup>1</sup> Milliarde Dollar  
(Quelle: OECD, It. Frankfurter Rundschau v. 21. 7. 1982)

Im Vergleich dazu ist die Verschuldungssituation Polens geradezu harmlos: Die Gesamtverschuldung von etwa 24 Milliarden Dollar erforderte zwar 1982 auch eine Umschuldung und Fristverlängerung, die jedoch ohne große Probleme für die vor allem westdeutschen Banken durchgeführt werden konnte.

Neben der ungünstigen Verschuldungsstruktur selbst ist der Anlaß für den Ausbruch der Kreditkrise die katastrophale Wirtschaftslage in fast allen lateinamerikanischen Ländern.

#### Verschuldung am Euromarkt<sup>1</sup>

	Am 31. 12. 1981	Am 30. 3. 1982
Sozialistische Länder	46,0	44,3
darunter:		
Polen	14,0	13,3
Lateinamerika	124,0	129,8
darunter:		
Argentinien	16,3	16,4
Brasilien	44,9	46,3
Mexiko	43,1	46,3
Chile	5,8	6,3

<sup>1</sup> Nettoverschuldung, nur gegenüber Privatbanken, in Mrd. Dollar  
(Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich [BIZ], It. FAZ v. 30. 7. 1982)

Die industrielle Produktion sinkt in raschem Tempo, die Arbeitslosenquoten liegen teilweise bereits über 20 Prozent. Der Industrialisierungsprozeß in diesen Staaten, der vor allem von den Internationalen Konzernen bestimmt war, ist ins Stocken gekommen: Die zyklische Krise der kapitalistischen Industrieländer hat die „Schwellenländer“ voll erfaßt und wirkt sich dort in einer ungleich schärferen Form aus. Hinzu kommt der Verfall der Rohstoffeinnahmen, der die Zahlungsbilanzen weiter ins Defizit bringt.

Die drohende Zahlungsunfähigkeit einiger hochverschuldeter Länder der „Dritten Welt“ gefährdet einerseits das ganze labile internationale Kreditssystem.

Andererseits erhöht es erneut die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den imperialistischen Finanzzentren, auf deren Entgegenkommen diese Staaten nun angewiesen sind. So zahlte die USA an Mexiko die Ölimporte im voraus, was sicher mit entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Gegenleistungen verbunden ist. Das unternehmerfreundliche Handelsblatt, das dem US-Konfrontationskurs in der Welt zumindest teilweise ablehnend gegenübersteht, bewertete die Ereignisse in Mexiko und deren Auswirkungen auf die Situation in der Karibik folgendermaßen: „Mexiko, das in den vergangenen drei Jahren als Kraft der Mäßigung wirkte, kann jetzt darauf kaum Einfluß nehmen, denn die sich immer noch verdichtende Wirtschaftskrise lähmt sein außenpolitisches Instrumentarium.“ (HB v. 25.8.82)

In der Bundesrepublik war der Vergleichsantrag der AEG und ihrer Tochtergesellschaften ebenfalls ein geld- und kreditpolitischer Paukenschlag: Wenn auch die Großbanken dadurch nicht in Schwierigkeiten gekommen sind, so ist doch inzwischen bei vielen anderen kleinen und mittleren Unternehmen, die an sich leistungsstark und auch profitträchtig sind, die Verschuldung so hoch, daß jederzeit Zahlungsschwierigkeiten auftreten können, die dem Betrieb und damit in vielen Fällen auch den damit verbundenen Arbeitsplätzen den Garaus machen können. Allerdings zögert die Bundesbank noch immer mit deutlichen Schritten in Richtung auf geldpolitische Erleichterungen und treibt so immer mehr Unternehmen in einen Bankrott, der z. T. sehr produktive und eigentlich auch ertragreiche Betriebe trifft: Einzig und allein der hohe Verschuldungsgrad und die oft ungünstige Fristigkeit der Schulden – in Erwartung sinkender Zinsen haben viele Unternehmen zunächst nur kurzfristige Gelder aufgenommen – ist ihre Schwäche.

Immer größere Profitteile müssen an die kreditgebenden Banken abgeführt werden, was einerseits deren Ertragslage stärkt, andererseits aber auch im Bankenapparat die Labilität vergrößert.

In dieser wachsenden Labilität, die mit dem Ausbleiben des konjunkturellen Aufschwungs von Monat zu Monat größer wird, werden auch für die verantwortlichen Instanzen erste Grenzen der monetaristischen Geldpolitik sichtbar: So wenig sich diese durch die steigenden Arbeitslosenzahlen beunruhigt fühlen, so sehr haben sie Angst vor dem Zusammenbruch des Geld- und Kreditgefüges. Denn eine solche Entwicklung würde den Kernbereich der kapitalistischen Ökonomie, das finanzkapitalistisch verflochtene Großkapital, selbst treffen.

## 2 Unternehmergewinne und Konzentration

### 2.1 Unternehmergewinne

Die Unternehmergewinne haben im ersten Halbjahr 1982 einen kräftigen Sprung nach oben gemacht, nachdem sie schon im zweiten Halbjahr 1981 wieder angestiegen waren.

#### Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen<sup>1</sup>

	1980		1981		1982	
	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. <sup>2</sup>
Brutto	+4,8	-1,4	-6,4	+4,0	+11,0	+5,5
Netto	+6,5	-0,8	-6,1	+6,4	+15,0	+6,0
Zum Vergleich: Nettolohn- u. -gehalts- summe	+6,7	+6,1	+4,3	+4,0	+2,5	+2,0

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Prognose des Ifo-Instituts  
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/82)

Nach ersten Schätzungen sind die Nettogewinne im ersten Halbjahr 1982 trotz der verschlechterten Wirtschaftslage um 15 Prozent höher gewesen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Während die zyklische Krise besonders lang ist, war der zyklische Gewinnrückgang nur flach und kurz.

Ein Merkmal der Entwicklung der Finanzierungsverhältnisse im Unternehmensbereich ist die Zunahme der Geldkapitalbildung.

#### Vermögensbildung der Unternehmen<sup>1</sup>

	1979	1980	1981
Sachanlagen	169,8	185,3	187,9
Geldvermögen	41,2	40,3	59,4

<sup>1</sup> Ohne Wohnungswirtschaft, in Mrd. DM  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/82, S. 17)

Dabei gibt es aber offensichtlich ganz erhebliche Differenzen. So belief sich die Zinslast der Unternehmen (ohne Finanzinstitutionen) 1981 auf etwa 82 Milliarden DM, 20 Milliarden mehr als 1980. Dem standen Zinserträge in Höhe von 17 bis 18 Mrd. DM gegenüber, etwa 3,5 Mrd. mehr als 1980. Bei den Geldanlagen expandierten vor allem kurzfristige und hochverzinsliche Anlagen. Die Bundesbank schreibt dazu: „Vielfach haben die Unternehmen offenbar Teile der ihnen aus dem „Cash flow“ zufließenden Mittel – u.a. Abschreibungserlöse – und durch Lagerabbau freigewordene Gelder zunächst nicht reinvestiert, sondern zu den gegebenen hohen Zinssätzen liquide bei Banken „geparkt“ (Monatsbericht 5/82, S. 17). Daß die Bundesbank dies mit ihrer Geldpolitik teilweise selbst bewirkt und damit produktive Investitionen verhindert hat – diese Erkenntnis fehlt allerdings in den Ausführungen der Bundesbank.

Profitiert haben von dieser Situation in allererster Linie die Großbanken, die ihr Ergebnis im ersten Halbjahr 1982 gegenüber 1981 kräftig anheben konnten: die Deutsche Bank um 13,7 Prozent, die Dresdner um 41,4 und die Commerzbank um 50,7 Prozent. Der Betriebsgewinn der führenden Deutschen Bank dürfte 1982 insgesamt 2,5 Milliarden DM erreichen. Die Differenzierung im Unternehmensbereich ist besonders exemplarisch in der Bauwirtschaft: Während 1981 etwa 1500 Unternehmen dieser Branche aufgeben mußten, stieg der ausgewiesene Jahresüberschuß der 12 größten Bauunternehmen von 178 auf 315 Millionen DM – wobei vor allem der Auslandsbau profitträchtig war.

Wenn von der Gewinnlage der Unternehmen die Rede ist, so muß also sehr stark differenziert werden – nur allzugern agitieren die profitstarken Großkonzerne mit dem Hinweis auf die schwache

Ertragslage vieler kleiner Betriebe für zusätzliche Profitsubventionen, die in der Praxis dann zum größten Teil wieder den beherrschenden Monopolen zugute kommen.

### 2.2 Konzentration

Eine besonders beunruhigende Erscheinung ist die sprunghaft zunehmende Zahl der Unternehmenszusammenbrüche, die an sich in den Daten über Produktion und Gewinne keine Grundlage findet. Entscheidend ist die erwähnte Anspannung im Kreditbereich.

#### Insolvenzen

1970	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>1</sup>
4201	9195	9361	9562	8722	8319	9144	11653	16300

<sup>1</sup> Prognose Wirtschaftsausschusses Schimmelpfeng  
(Quelle: Statistisches Bundesamt; Presseberichte)

Im ersten Halbjahr 1982 wurden vom Statistischen Bundesamt 5676 Konkurse und Vergleiche registriert, wobei an der Spitze das Baugewerbe (1444) und der Handel (1432) lagen. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit war dies ein Zuwachs von etwa 40 Prozent. Immer mehr geraten auch größere Unternehmen in Gefahr. Dabei steht zur Zeit der Komplex AEG im Mittelpunkt, auf den hier nicht weiter eingegangen werden soll. (Vgl. die Analyse von Gert Hautsch in NACHRICHTEN 9/82.) Der außergewöhnlich starke Anstieg und auch die Reichweite der Insolvenzfälle ist auf das Zusammentreffen einer andauernden Krise auf den Absatzmärkten mit einem extrem hohen Zinsniveau und einer ungünstigen Kreditstruktur zurückzuführen. Bei allen diesen Momenten spielt die Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle, so daß die aktuelle wirtschaftspolitische Orientierung mit ihrer Politik der Einschränkung der Inlandsnachfrage und der hohen Zinsen als Ursache für die sprunghafte Entwicklung der Insolvenzen gesehen werden muß. Es ergibt sich die Tatsache, daß die Politik der „Angebotsorientierung“ in Wirklichkeit die „Angebotsbedingungen“ einschneidend verschlechtert. Denn es sind keineswegs immer die unproduktiven, technisch veralteten Betriebe, die zusammenbrechen, so daß man von einem „Reinigungsprozeß“ sprechen könnte. Wie der Fall AEG, aber auch die Zusammenbrüche des Regenschirmherstellers „Bremshey“, der Fahrzeugfirma „Kreidler“ oder der weltberühmten „Pelikan-Werke“ zeigen, geraten moderne, technisch hochentwickelte Betriebe in rein finanztechnisch bedingte Schwierigkeiten und müssen ihre Anlagen stilllegen, qualifizierte Arbeitskräfte entlassen. An diesen Beispielen zeigt sich, wie gegenwärtig die Überdimensionierung des finanzkapitalistischen Sektors den produktiven Bereich zu erdrücken droht.

Wie bereits im Abschnitt 1.5 ausgeführt, hat die Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität durch die hohen Zinsen und die dadurch geförderte ungünstige – weil zu kurzfristige – Verschuldungsstruktur solche Dimensionen erreicht, daß Kettenreaktionen von Firmenzusammenbrüchen nicht mehr auszuschließen sind. Aktuell greifen Banken und Staat in größeren Fällen stützend ein. Es scheint sich jedoch auch bei den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen die Angst vor einer Verselbständigung dieses Prozesses und vor unübersehbaren Folgen im Unternehmensbereich auszubreiten. Wie in den USA und in Großbritannien gerät die restriktive Geldpolitik von daher unter politischen Druck, werden zögernde Schritte zur Lockerung unternommen.

Diese Entwicklung unterstreicht die Tatsache, daß die Politik der „Angebotsorientierung“ an ihre Grenzen stoßen muß, daß sie im Rahmen des kapitalistischen Systems auf Dauer nicht praktikabel ist. Sie führt zu Strukturverzerrungen, untergräbt die produktive Grundlage der Ökonomie und erzeugt Disproportionen zwischen dem produktiven Bereich und dem finanziellen Sektor, die letzten Endes auf diesen zurückschlagen müssen. In dem Maße, wie die aktuelle, sozialreaktionäre Politik an gewisse immanente Grenzen stößt, wachsen die Durchsetzungschancen für alternative Konzeptionen, die stärker das Gleichgewicht der Binnenmärkte im Auge haben und das unmittelbare Interesse der Arbeiter und Angestellten an sicheren Arbeitsplätzen, stabilen Einkommen und mehr sozialer Sicherheit in den Mittelpunkt stellen.

## 3 Lage der Arbeiterklasse

### 3.1 Löhne und Gehälter

Die Tarifabschlüsse des ersten Halbjahres 1982 waren mit durchschnittlichen Anhebungen um unter vier Prozent die niedrigsten seit 15 Jahren – trotz der anhaltend hohen Inflation.

#### Tariflohn- und -gehaltsniveau<sup>1</sup>

1. Vj.	2. Vj. 1981	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. 1982	2. Vj.
+6,6	+5,4	+5,0	+4,9	+4,4	+3,6

<sup>1</sup> Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, IId.)

Die Lohnsumme ist noch langsamer angestiegen, da sich die Zahl der Beschäftigten weiterhin stark vermindert hat. Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter ist insgesamt daher im ersten Halbjahr real um etwa drei Prozent gesunken. Dieser Kaufkraftrückgang der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte wurde nur zu einem geringen Teil durch den Anstieg von Unterstützungszahlungen ausgeglichen.

Die Realeinkommen je Beschäftigten gingen um etwa 1,5 Prozent zurück.

#### Reallohnentwicklung<sup>1</sup>

	1979	1980	1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982 <sup>2</sup>
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+7,5	+8,1	+4,6	+3,5	+3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+7,9	+6,5	+4,1	+2,5	+2,0
Je Beschäftigten	+6,0	+5,0	+4,5	+4,0	+3,6
Inflationsrate	+4,1	+5,5	+5,9	+5,6	+5,0
Realeinkommen je Beschäftigten	+1,9	-0,5	-1,4	-1,6	-1,4

<sup>1</sup> Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr  
<sup>2</sup> Schätzung des Ifo-Instituts; eigene Schätzung  
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur 7/82, S. A22)

Die realen Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten liegen damit im laufenden Jahr deutlich unter dem Niveau von 1978. Dies ist bemerkenswert, da das reale Bruttosozialprodukt im laufenden Jahr immerhin etwa sechs Prozent größer sein wird als das des Jahres 1978. Auch die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um etwa sechs Prozent.

Die „Lohnkosten“ sind infolgedessen deutlich gesunken: Das wissenschaftliche Institut der Unternehmer, das „Institut der Deutschen Wirtschaft“ (IW), ermittelt den Anteil der Löhne und Gehälter am industriellen Umsatz für 1978 mit 22,3 Prozent, 1981 sind es nur noch 21,2 Prozent. Auch auf längere Sicht, über ein Jahrzehnt hinweg, steigt die Umsatzproduktivität (Umsatz je Beschäftigten) rascher als die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten.

#### Umsatz der Industrie

	1970	1981	Veränderung in %
Umsatz			
je Beschäftigten (DM)	66 170	167 550	+153,2
Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten (DM)	14 510	34 698	+139,1
Umsatz insgesamt (Mrd. DM)	588,0	1 255,0	+120,2
Beschäftigte insgesamt (1000)	8 887	7 490	- 15,7

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft, ZAHLEN 1982)

Diese Ziffern zeigen, daß von einem „steigenden Lohnkostendruck“ in der Industrie nicht die Rede sein kann. Von der Lohnentwicklung ist im letzten Jahrzehnt vielmehr ein deutlicher Entlastungseffekt ausgegangen, der sowohl mit der verlangsamten Lohnentwicklung als auch mit dem bedeutenden Rationalisierungstempo zusammenhängt. Auch vom „Kostenstandpunkt“ der Unternehmer aus gesehen ist der Profitspielraum gewachsen.

### 3.2 Steuern

Auch im laufenden Jahr trägt die Lohnsteuerprogression erheblich zur weiteren Aushöhlung der Reallöhne bei. So erhöhte sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme im ersten Vierteljahr 1982 um 3,8 Prozent, die Abzüge, also Lohnsteuer und Sozialabgaben, wuchsen um 6,9 Prozent. Im laufenden Jahr werden von jeder zusätzlich verdienten Mark im Durchschnitt 60 Pfennig in Form von öffentlichen Abgaben in die Staatskassen fließen, nur 40 Pfennig bleiben dem Arbeiter oder Angestellten.

Hinzuzurechnen sind die verschiedenen umsatzbezogenen Steuern, die ebenfalls zu etwa 80 Prozent die abhängig Beschäftigten belasten.

#### Steueraufkommen nach Steuerarten

	1970		1981	
	Mrd. DM	% <sup>2</sup>	Mrd. DM	% <sup>2</sup>
Steueraufkommen insgesamt	154,2	100	370,3	100
darunter:				
Lohnsteuer	35,1	22,7	116,6	31,5
Umsatzsteuer	38,1	24,7	97,8	26,4
Gewinnsteuern <sup>1</sup>	32,7	21,2	63,5	17,2

<sup>1</sup> Steuern auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen  
<sup>2</sup> Anteile am Gesamtaufkommen  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 8/82, S. 29)

Während Lohnsteuer und Gewinnsteuern 1970 noch annähernd gleichauf lagen, erbringt die Lohnsteuer inzwischen etwa doppelt so hohe Einnahmen wie die Gewinnsteuer. Der Rückgang der Gewinnsteuern setzte erst 1977/78 in vollem Umfang ein: 1978 erbrachten diese Steuerarten immerhin noch Einnahmen in Höhe von 67 Milliarden und bestritten 21 Prozent der Steuereinnahmen insgesamt. Es waren vor allem Änderungen im Steuerrecht mit dem Effekt der Steuererleichterung, die den Rückgang der Steuerbelastung bewirkten. Wichtig waren dabei:

- die Körperschaftsteuerreform von 1976, die die Körperschaftsteuerbelastung ab 1978 gesenkt hat
- die Senkung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer im „Steueränderungsgesetz“ von 1977
- die Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten im „Gesetz zur Steuerentlastung und Investitionsförderung“ von 1977
- die Senkung der Gewerbesteuer und Abschaffung der Lohnsummensteuer (eine Gewerbesteuerart) im „Steueränderungsgesetz 1979“
- die erneute Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten sowie Investitionszulagen für die Eisen- und Stahlindustrie im „zweiten Haushaltsstrukturgesetz“ von 1981 („Operation '82“)
- die befristete Investitionszulage in Höhe von 10 Prozent im „Beschäftigungsförderungsgesetz“ von 1982

Hinzu kommt eine Vielzahl von Subventionen und Steuererleichterungen, die an besondere Tatbestände wie Forschung und Entwicklung oder Umweltschutz geknüpft sind und ebenfalls die Steuerlast auf Unternehmenserträge mindern.

Zwischen 1978 und 1981 erhöhten sich die „Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ von 291 auf 314 Milliarden DM oder um knapp acht Prozent. Dagegen gingen die Steuern auf diese Einkommensart im gleichen Zeitraum von 67 auf 63,5 Milliarden

zurück. Die Steuerbelastung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen ging also von 32 Prozent auf 20,2 Prozent zurück. Sie lag damit nur noch wenig über der durchschnittlichen Belastung der Löhne und Gehälter, die 1981 schon 16,5 Prozent erreichte. Sie wird auch im laufenden Jahr weiter ansteigen, während die Belastung der Gewinne weiter sinken wird. Bei Fortführung der gegenwärtig betriebenen Steuerpolitik wird schon in den nächsten Jahren der Punkt erreicht werden, bei dem die prozentuale Belastung der Gewinne mit Steuern niedriger sein wird als die der Löhne und Gehälter.

Daß es trotz dieser umfangreichen Entlastung bei den Gewinnen nicht zur erhofften Investitionsbelebung gekommen ist, beweist, daß die Steuerpolitik der letzten Jahre nicht nur in hohem Maße sozial ungerecht, sondern auch in wirtschaftspolitischem Sinne unwirksam gewesen ist. Die erreichte Erhöhung der Gewinne hat keine produktiven gesamtwirtschaftlichen Effekte gehabt. Es ist im Gegenteil zu vermuten, daß sie zur Erhöhung der Staatsverschuldung, zur Senkung der Kaufkraft und zur Verlängerung der aktuellen Wirtschaftskrise beigetragen hat.

### 3.3 Sozialabbau

Wie zu erwarten, geht der Sozialabbau in raschem Tempo weiter. Die „Operation '82“ war keineswegs – wie von SPD-Politikern verschiedentlich behauptet – der Endpunkt, sondern nur ein wichtiger Markierungspunkt auf diesem Weg. Im Rahmen des Entwurfs der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 1983 findet sich wieder eine ganze Reihe von einschneidenden Verschlechterungen im System der sozialen Leistungen. Dabei kann hier noch nicht berücksichtigt werden, daß der Haushaltsplan auf irrealen wirtschaftlichen Erwartungen basiert – u. a. auf einer Wachstumserwartung für 1983 von real drei Prozent –, so daß in den nächsten Monaten weitere Korrekturen erforderlich sein werden. Wichtige geplante Maßnahmen in diesem Zusammenhang sind:

**Arbeitslosenversicherung:** Die Beiträge werden 1983 erneut um 0,5 auf nun 4,5 Prozent angehoben. Die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit für die Renten- und Krankenversicherung der Arbeitslosen werden sich zukünftig nicht mehr am Bruttoarbeitsentgelt, sondern nur noch an 70 Prozent der Bruttoverdienste orientieren. Dies bedeutet kurzfristig eine Entlastung bei der Bundesanstalt für Arbeit und eine zusätzliche Belastung der Renten- und Krankenversicherungen. Längerfristig werden die Rentenansprüche der Arbeitslosen gemindert. Gleiches gilt für die Regelung, in Zukunft Ausbildungszeiten und andere beitragslose Zeiten nur noch mit 70 Prozent der Durchschnittsverdienste zu bewerten. Auch für die Wehrpflichtigen zahlt der Bund nur noch Beiträge, die sich an 70 Prozent der Einkommen orientieren.

**Rentenversicherung:** Kürzung des Bundeszuschusses für 1983 um 1,3 Mrd. Mark, bei der knappschaftlichen Rentenversicherung der Bergleute um 200 Millionen.

**Krankenversicherung:** Ab 1983 zahlen die Rentner einen Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von ein Prozent der Sozialrente, der bis 1986 auf vier Prozent ansteigt. Dadurch vermindert sich die nominale Rentenerhöhung bis 1986 jährlich um ein Prozent. Auf Zusatzeinkommen der Rentner (also z. B. betriebliche Renten) wird ein Krankenkassenbeitrag in Höhe der Hälfte des normalen Beitragssatzes erhoben. Auch die Kriegsofferrenten werden bis 1986 jeweils um einen Prozentpunkt geringer angehoben, als sich aus den Rentenanpassungsgesetzen ergibt. Dies war noch in der „Operation '82“ für 1984 vorgesehen worden, wird also jetzt ein Jahr vorgezogen.

Außerdem wird die „Selbstbeteiligung“ an den Krankheitskosten weiter ausgebaut: Bei Krankenhausaufenthalten soll in den ersten sieben Tagen täglich ein Betrag von DM 7,— gezahlt werden. Bei Kuren wird eine Kostenbeteiligung von DM 10,— täglich erhoben. Die Rezeptgebühr wird je Verordnung von DM 1,50 auf DM 2,— erhöht. Bestimmte Medikamente (Erkältungskrankheiten, Durchfall und Verstopfung) müssen selbst bezahlt werden.

**Lohnsteuer:** Der pauschale Steuersatz für Beiträge zu Pensionskassen und ähnliche Versorgungseinrichtungen wird von 10 auf 15 Prozent angehoben.

Im Rahmen dieser „Operation '83“ wurden auch einige wenige positiv zu beurteilende Maßnahmen ergriffen, so die Begrenzung des Vorteils aus dem steuerlichen „Ehegattensplitting“ auf 10 000 DM jährlich (bis jetzt knapp 15 000 DM), eine Einschränkung der steuerlichen Übertragungsmöglichkeiten von Verlusten im Ausland und eine erhöhte Besteuerung von Firmenwagen, die auch privat genutzt werden. Auch die Begrenzung der „Vorsorgepauschale“ für Beamte auf 2000 DM jährlich (bisher 2340) verringert die steuerlichen Vorteile eher bei den oberen Einkommensgruppen.

Allerdings dürfte allein die Belastung der Rentner aus dem einprozentigen Beitrag zur Krankenversicherung mit mindestens 1,5 Milliarden DM ebenso hoch sein wie die Belastung der oberen Einkommensgruppen durch die zuletzt genannten Maßnahmen. Von „Ausgewogenheit“ kann also auch bei den Beschlüssen im Rahmen der Haushaltsplanungen 1983 nicht die Rede sein. Zudem ist zu berücksichtigen, daß einige der Beschlüsse – vor allem beim Ehegattensplitting – noch im Bundesrat zu Fall kommen können.

Wie schon bei den vorangegangenen Beschlüssen zum Sozialabbau sind die Maßnahmen für den „Normalbürger“ in ihren Auswirkungen teilweise nur schwer durchschaubar. Es werden Finanzmassen zwischen den einzelnen Versicherungsträgern hin- und hergeschoben, so daß der Eindruck eines nur kurzfristig haltenden Flickwerks entsteht. Dies ist sowohl taktisch bestimmt, um möglichen Widerstand seitens der Betroffenen zu unterlaufen. So wird aber auch jeweils der Boden für neue Einschränkungen bereitet, die dann mit den besonderen Schwierigkeiten bei dem einen oder anderen Versicherungsträger begründet werden können.

### 3.4 Preise

Die Preisentwicklung hatte sich zur Jahresmitte hin wieder erheblich beschleunigt. Dies, obwohl die gute Ernte die Obst- und Gemüsepreise etwas entlastet hat. Ursächlich ist vor allem die Erhöhung der Verbrauchsteuern für Tabak und Alkohol und die Erhöhung der Postgebühren. Auch die Erhöhung der EG-Agrarmarktpreise hat den Preisindex nach oben getrieben.

#### Lebenshaltung 1982<sup>1</sup>

	Veränderung in % gegenüber Vormonat	
	Vormonat	Vorjahr
Januar	+0,9	+6,3
Februar	+0,2	+5,8
März	+0,2	+5,2
April	+0,5	+5,0
Mai	+0,6	+5,3
Juni	+1,0	+5,8
Juli	+0,2	+5,6

<sup>1</sup> Alle Haushalte, Preisbasis 1976 (Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Der Preissprung von April/Juni ist allerdings teilweise nur eine vorübergehende Erscheinung. Insgesamt dürfte sich die Belegungstendenz nicht weiter fortsetzen, obwohl ein deutlicher Rückfall der Inflationsrate – wie teilweise in Aussicht gestellt – ebenfalls nicht zu erwarten ist.

Denn seit Jahresanfang gehen vom Außenhandel wichtige stabilisierende Einflüsse auf das Preisniveau aus. Die Importpreise sind seit einiger Zeit rückläufig, eine Folge der DM-Aufwertung und der rückläufigen Rohstoffpreise. Im Juli 1982 war die Einfuhr sogar geringfügig billiger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Es spricht für die Stärke der inländischen Preisauftriebenden, daß trotz dieser günstigen außenwirtschaftlichen Preisfaktoren die Inflationsrate auf dem hohen Niveau der Vorjahre bleibt. Der Angebots-Nachfrage-Mechanismus funktioniert offensichtlich nur noch sehr eingeschränkt – denn angesichts der nun schon über zwei Jahre anhaltenden zyklischen Wirtschaftskrise wäre auch im Inland eine Verlangsamung der Preisauftriebenden zu erwarten.

Die internationalen Rohstoffpreise, auf Dollarbasis, sind seit ihrem Höhepunkt im Oktober 1980 – klammert man die Energierohstoffe

#### Ausgewählte Preisindizes 1982

	Industrie-preise		Landwirtschafts-preise		Import-preise		Großhandels-preise	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	+1,3	+8,5	-0,4	+8,8	0,0	+9,5	+1,8	+10,0
Februar	+0,1	+7,7	-1,7	+7,2	+0,7	+4,6	-0,2	+ 8,4
März	0,0	+6,7	-0,1	+6,2	-0,5	+3,9	-0,2	+ 6,3
April	+0,5	+6,3	-0,6	+5,7	-0,1	+3,1	+0,5	+ 6,2
Mai	+0,3	+5,9	+0,3	+6,5	-1,0	+0,5	+1,1	+ 7,3
Juni	+0,6	+6,1	-0,8	+6,3	+0,6	-0,4	+0,6	+ 7,8

<sup>1</sup> In % gegenüber dem Vormonat

<sup>2</sup> In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

aus – um 29 Prozent zurückgegangen. Aber auch die Rohölpreise sinken. Im ersten Halbjahr 1982 waren sie um etwa fünf Prozent niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Für die bundesdeutschen Importeure fiel der Preisrückgang noch deutlicher aus: Im Juni 1982 kostete eine Tonne Rohöl DM 598, während im gleichen Vorjahresmonat noch DM 652 bezahlt worden waren. Dieser Preisrückgang um nahezu 10 Prozent wird von den Erdölkonzernen keineswegs an die Verbraucher weitergegeben, obwohl umgekehrt Preiserhöhungen immer mit dem Argument gestiegener Einstandskosten bei den bundesdeutschen Tochterunternehmen der Erdölkonzerne begründet worden waren. Im Juli war Benzin um etwa drei Prozent billiger, Heizöl um etwa fünf Prozent teurer als zur gleichen Vorjahreszeit.

#### Rohstoffpreise

	Preisindex des HWWA <sup>1</sup>
1980	226
1981	241
1982	
Januar	239
Februar	234
März	232
April	231
Mai	230
Juni	226
Juli	226

<sup>1</sup> Auf Dollarbasis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 16. 4. 1982; Ifo-Schnelldienst 2/82)

Hauptursache für den Rückgang der Rohstoffpreise ist die anhaltende Krise in den kapitalistischen Ländern, die die Nachfrage nach Rohstoffen gedämpft hat. Hinzu kommen Auswirkungen des hohen Zinsniveaus, das die Rohstoffkäufer zum Abbau ihrer Lager veranlaßt hat.

Dabei sind die starken Schwankungen der Rohstoffpreise ein wichtiger Übertragungsmechanismus für Krisen: Die rohstoffexportierenden Länder geraten in Finanzierungsschwierigkeiten, müssen ihrerseits Entwicklungsprojekte stoppen und Importe einschränken.

Der Preisverfall hat die Rohstoffpreise – klammert man einmal Energierohstoffe aus – auf den Stand von 1975 zurückfallen lassen. Berücksichtigt man den Preisanstieg bei Industriegütern und Fertigwaren, so sind die Rohstoffe heute vergleichsweise wesentlich billiger als in der letzten Wirtschaftskrise. Dagegen sind z. B. die Exportpreise der Bundesrepublik um etwa 50 Prozent angehoben worden.

### 3.5 Arbeitskämpfe und Tarifaktionen

In den Sommermonaten fanden nur in wenigen größeren Tarifbezirken Verhandlungen und Abschlüsse statt. Die Ergebnisse waren vom „Krefelder Kompromiß“ geprägt, mit dem die Metall-Runde beendet worden war. In diesem Abschluß waren 4,2 Prozent vereinbart worden, was bei einer Inflationsrate über 5 Prozent für alle Beschäftigten die Realeinkommen senkt. Besonders stark gilt das für die untersten Lohn- und Gehaltsgruppen.

Die Gewerkschaft ÖTV hatte im öffentlichen Dienst mit 3,0 bis 3,1 Prozent abgeschlossen. In der Energiewirtschaft konnte sie immerhin 4,2 Prozent durchsetzen. Ein Umstand, der die Interpretation in den letzten „Informationen“ (2/82, S. 9) bekräftigt, wonach der

Abschluß im öffentlichen Dienst „den staatlichen Forderungen nach einer einprozentigen Einkommensminderung faktisch im Vergleich zum Metallabschluß auf dem „Abrechnungsweg“ entgegenkommt“.

Die IG Bau-Steine-Erden stimmte zum 1. 5. in verschiedenen Steine- und Erdenindustrien Abschlüssen von 4,0 Prozent zu, in einigen Handwerksbereichen ebenfalls 4,0 Prozent, im Bauten- und Eisen-schutzgewerbe 3,5 Prozent (Stufenerhöhung ab 1. 11. um 0,7 Prozent). 4,2 bis 4,3 Prozent gab es in verschiedenen Tarifverträgen der Gewerkschaft NGG.

In der chemischen Industrie wurde der von der Beschäftigtenzahl (670 000) her wichtigste Tarifvertrag abgeschlossen. Die IG Chemie-Papier-Keramik hatte ursprünglich ihr Konzept einer „Tarifrente“ durchsetzen wollen, das sie im Februar ohne Absprache mit dem DGB und anderen Gewerkschaften und in offener Distanzierung zur IG Metall veröffentlicht hatte. Damit sollten ältere Beschäftigte (ab 58) die Möglichkeit erhalten, bei verminderter Rente vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuschcheiden. Die Finanzierung stellte man sich über einen bereits vorhandenen Fonds vor, den die Unternehmer aufstokken sollten. Die IG ChPK wäre im Gegenzug bereit gewesen, auf einen Teil der vereinbarten Lohnerhöhung zu verzichten. Die Unternehmer sollten eine Neueinstellungsgarantie abgeben, Überstunden sollten mit Freizeit ausgeglichen werden.

Nachdem der Arbeitsring Chemie sich weigerte, über eine solche Forderung zu verhandeln, verzichtete die Gewerkschaft hierauf kampfflos. Sie wandelte ihre Forderung in eine reine Prozentzahl (6,5) um. Die Unternehmer lehnten sie ebenfalls ab und wollten unter der IGM-Marke von 4,2 Prozent bleiben. In drei Bezirken wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt und die Schlichtung angerufen. Am 4. Juni kam es in Hessen zum Abschluß von 4,2 Prozent. Er wurde auf das übrige Bundesgebiet übertragen. Für die Kautschukindustrie und die Zementindustrie wurden wenig später 4,0 Prozent vereinbart.

Im HBV-Bereich (u. a. Groß- und Brennstoffhandel, Versicherungs-, Reisebüro- und Rohstoffgewerbe) wurden die Abschlüsse ebenfalls am „Leitabschluß“ von 4,2 Prozent orientiert. Nur in verschiedenen Einzelhandelsbereichen wurde das Niveau etwas überschritten.

In der Wohnungswirtschaft erreichte die Gewerkschaft HBV 4,0 Prozent und eine Erhöhung des Urlaubsgeldes. In verschiedenen Handelsbereichen gab es Strukturverbesserungen. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung schloß für die Bekleidungsindustrie mit 3,9 Prozent ab. In einem Maßregelungsverbot wurden hier die 30 000 Teilnehmer an Warnstreiks abgesichert.

Insgesamt bedeuten die Ergebnisse der Tarifrunde 1981/82 den bisher einschneidendsten Rückgang der Realeinkommen (vermutlich um eineinhalb bis zwei Prozent). Das ist auch auf die geringe Kampf-tätigkeit zurückzuführen. Warnstreiks gab es in der Bekleidungsindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie, der Metallindustrie, im öffentlichen Dienst, der Druckindustrie und im Hotel- und Gaststättengewerbe. Der Umfang blieb jedoch weit hinter dem der Tarifrunde 1980/81 zurück.

Zu umfangreichen Protest- und Kampfactionen kam es im Sommer im AEG-Telefunken-Bereich. Schon im Juni und Juli gab es in drei Standorten Widerstand bis hin zum Streik, weil dort Werke stillgelegt werden sollen: Gelsenkirchen (Küppersbusch), Tübingen (Zanker) und Bretten (Neff). Als sich Anfang August die Finanzierungskrise des Konzerns zuspitzte und Konkursgerüchte umgingen, demonstrierten Kollegen u. a. in Frankfurt vor der Hauptverwaltung. Am 9. August stellte der Vorstand dann den Vergleichsantrag. Daraufhin kam es in einer Reihe weiterer Standorte zu Aktionen: Tübingen, Leer, Nürnberg, Hamburg, Gelsenkirchen, Bretten und Westberlin.

In Tübingen organisierte die Zanker-Belegschaft einen zweitägigen Proteststreik. In der Stadt hat sich ein Bündnis zur Erhaltung des Werkes gebildet, das sehr große Teile der Bevölkerung umfaßt. Ähnlich in Leer/Ostfr., wo ein Olympia-Werk geschlossen werden soll: Hier besetzten Arbeiter zwei Straßenbrücken, um gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze zu protestieren. Mehrfach fanden Warnstreiks statt. Eine „Notgemeinschaft für Leer“ umfaßt Vertreter der DKP ebenso wie der CDU.

Insgesamt gilt allerdings, daß auch nach dem Vergleichsantrag der AEG nur dort massiver Widerstand geleistet wird, wo ganze Produktionsstätten liquidiert werden sollen. Das gilt auch für die Zeit nach dem Vergleichsantrag, durch den ein großer Teil der 96000 Arbeitsplätze akut bedroht wird. Trotz gewisser Bemühungen ist es der IG Metall nicht gelungen, eine längerfristige, konzernweit angelegte Mobilisierung zu erreichen, geschweige denn Solidarität über den AEG-Bereich hinaus. Der Gesamtbetriebsrat orientiert weiter auf Verhandlungen hinter verschlossenen Türen. Es ist absehbar, daß auf diese Weise das „Sanierungs“-Konzept der Banken für AEG-Telefunken ohne größere Änderungen durchgesetzt werden kann; es läuft auf die Zerschlagung des Konzerns hinaus.

Die IG Metall legte im Bezirk Stuttgart Mitte August den Entwurf eines neuen „Lohnrahmentarifvertrags“ (LRTV) vor, über den sie im September mit den Unternehmern verhandeln will. Er gilt als Weiterführung des 1973 erstreikten LRTV II. Die wichtigsten Forderungen sind:

- Arbeitsinhalte mit persönlichen Tätigkeits- und Entscheidungsspielräumen
- Arbeitstakte an Fließbändern nicht kürzer als zweieinhalb Minuten
- pro Stunde sechs Minuten Erholpause
- Recht auf Arbeitsverweigerung bei erkannten Gefahren am Arbeitsplatz
- bessere Mitbestimmung in Entlohnungsfragen

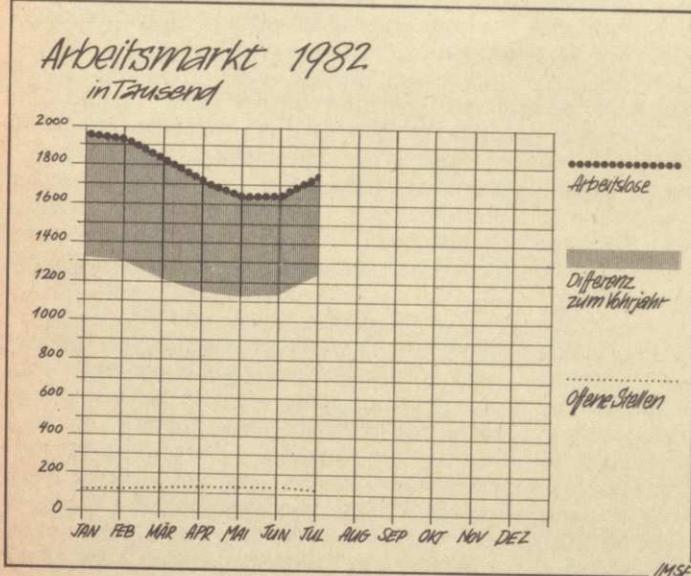
### 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Der Beschäftigungsrückgang hat sich in den letzten Monaten beschleunigt fortgesetzt. Gegenüber dem Beschäftigungshöhepunkt vom dritten Vierteljahr 1980 ist die Ziffer um etwa 570000 gesunken.

#### Beschäftigung<sup>1</sup>

	Gesamtwirtschaft	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe
1. Vj. 1981	22077	8629	1533
2. Vj. 1981	22023	8572	1521
3. Vj. 1981	21959	8517	1509
4. Vj. 1981	21847	8441	1475
1. Vj. 1982	21700	8359	1468
2. Vj. 1982	21580		

<sup>1</sup> In 1000, saisonbereinigte Angaben  
(Quelle: DIW-Wochenbericht 30/82, S. 398)



Während der Beschäftigungsrückgang vor allem auf die Bereiche Verarbeitendes Gewerbe und Bauwirtschaft entfiel, stagnierte der Dienstleistungsbereich. Dies gilt sowohl für den öffentlichen wie den privaten Sektor. Ein zumindest teilweiser Ausgleich für die in den produzierenden Bereichen rückläufige Beschäftigung kann also hier nicht mehr gefunden werden.

Rückläufige Beschäftigung und wachsender Zustrom von Jugendlichen auf den Arbeitsmarkt haben die Arbeitslosigkeit weiter nach oben getrieben.

Berücksichtigt man zusätzlich die „stille Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser, so errechnet sich für 1982 eine wahrscheinliche jahresdurchschnittliche Ziffer von 2,6 Millionen. Während die offizielle Arbeitslosenquote 1982 bei etwa 7,5 Prozent im Durchschnitt liegen dürfte, übersteigt sie unter Einschluß der „stillen Reserve“ schon die 10-Prozent-Marke.

#### Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	1950	+641	539	+137	122	-106
Februar	1935	+635	587	+213	132	-107
März	1811	+601	551	+146	134	-113
April	1710	+564	491	+131	128	-115
Mai	1646	+536	455	+115	120	-122
Juni	1650	+524	429	+112	118	-118
Juli	1757	+511	337	+118	106	-113

(1) In 1000 Personen (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr  
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Zugespitzt hat sich in den letzten Monaten vor allem die Jugendarbeitslosigkeit als Problem. Ende Juli waren fast 170000 Jugendliche unter 20 Jahren als arbeitslos gemeldet, 46 Prozent mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß alle Untersuchungen ergeben haben, daß gerade hier die Dunkelziffer besonders hoch ist.

Einschneidend verschlechtert hat sich die Situation bei den Ausbildungsstellen. Während in den Vorjahren dieses Problem ständig heruntergespielt worden war, muß nun eine erneut sich öffnende Lücke zwischen dem Bedarf an Ausbildungsstellen und dem Angebot festgestellt werden. Ende Juni waren noch mehr als 140000 Bewerber bei den Arbeitsämtern gemeldet, die noch keine Ausbildungsstelle gefunden hatten.

#### Ausbildungsstellen und Bewerber<sup>1</sup>

	Ausbildungsstellen	Bewerber	Differenz
1974/75	304	343	-39
1978/79	412	435	-23
1979/80	474	419	+75
1980/81	474	395	+79
1981/82	438	459	-21

<sup>1</sup> Nur beim Arbeitsamt gemeldete Ziffern, in 1000  
(Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, 8/1982, S. 1179)

Ein rechnerischer Überhang oder Defizit an Ausbildungsstellen ist noch ohne großen Informationswert. Dies vor allem deshalb, weil die Arbeitsämter weder über das tatsächliche Stellenangebot noch über die tatsächliche Stellennachfrage einen Überblick haben. So waren im vergangenen Jahr knapp 80 Prozent aller Stellen zuvor beim Arbeitsamt gemeldet worden. Gleichzeitig hatten sich aber nur 70 Prozent der Stellensuchenden registrieren lassen, so daß selbst bei einem rechnerischen Überschuß in der Arbeitsmarktstatistik in der Realität ein Defizit aufgetreten sein kann.

Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß ein rein rechnerischer Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage noch lange nicht identisch ist mit einer ausreichenden Lehrstellenversorgung. Denn es ist auf strukturelle Unterschiede beim Angebot und bei der Nachfrage zu verweisen: Sowohl in regionaler Hinsicht als auch bei der zu vermittelnden Qualifikation gibt es große Differenzen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main  
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 25. 8. 1982. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 180372, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 36,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.